



LUDWIG-  
MAXIMILIANS-  
UNIVERSITÄT  
MÜNCHEN

# Das Politische System Deutschlands

Prof. Dr. Robert Kaiser

Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft  
Geschwister-Scholl-Institut

**Sechste Sitzung:  
Parteien und Parteiensystem**

**Pflichtvorlesung im Wintersemester 2008/09  
Donnerstag, 10-12 Uhr, Hörsaal A 240, Hauptgebäude**



## Überblick

1. Funktionen von Parteien im bundesdeutschen politischen System
2. Die Bundesrepublik Deutschland – ein Parteienstaat?
3. Das programmatische Spektrum der bundesdeutschen Parteien
4. Das bundesdeutsche Parteiensystem im Wandel
5. Ein etabliertes Fünf-Parteiensystem?

# 1. Funktionen von Parteien im deutschen politischen System

## Der Funktionskatalog nach dem Parteiengesetz von 1967:

§ 1 (2): „Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss nehmen **[Politische Meinungs- und Willensbildungsfunktion]**, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern **[Integrationsfunktion]**, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen **[Rekrutierungsfunktion]**, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluss nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozess der staatlichen Willensbildung einführen **[Funktionen der Interessenselektion, -aggregation und -artikulation]** und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen **[Partizipationsfunktion]**.“

§ 2 (3): „Die Parteien legen ihre Ziele in politischen Programmen nieder“ **[Programmfunktion]**.

## 2. Die Bundesrepublik Deutschland – ein Parteienstaat ? (I)

### Parteien als dominante Akteure im politischen System?

- Parteienprivileg des Grundgesetzes?
- Parteiendominanz bei der politischen Willensbildung?
- Programmatische Bindung von Abgeordneten?
- Monopolstellung der Parteien in der Rekrutierung politischen Personals?
- Parteien als staatlich finanzierte Akteure im politischen System?

## 2. Die Bundesrepublik Deutschland – ein Parteienstaat ? (II)

### Parteienprivileg des Grundgesetzes?

- Inkorporierung in die Verfassung normiert keine Parteienstaatlichkeit: Parteien nehmen eine vermittelnde Stellung zwischen Staat und Gesellschaft ein. Sie wirken an der politischen Willensbildung des Volkes mit, sie monopolisieren diese aber nicht.
- Parteienstaat versus Parteiendemokratie
- Innerparteiliche Demokratie im demokratischen Parteienstaat (Leibholz 1951)

## 2. Die Bundesrepublik Deutschland – ein Parteienstaat ? (III)

### Parteiendominanz bei der politischen Willensbildung?

- Politische Willensbildung verläuft entlang von Parteipositionen
- Neben den Parteien existieren weitere wichtige Akteure der politischen Meinungs- und Willensbildung:
  - Interessenverbände und politische Bewegungen
  - Massenmedien
  - Inhaber öffentlicher Ämter außerhalb des unmittelbaren Parteienwettbewerbs (bspw. Rolle des Bundespräsidenten)
  - Umfrageinstitute

## 2. Die Bundesrepublik Deutschland – ein Parteienstaat ? (IV)

### Programmatische Bindung von Abgeordneten?

- Das „besondere Spannungsverhältnis“ zwischen Art. 21 GG und Art. 38 GG
- Die rechtliche Ausgestaltung des „Freien Mandats“
- Die Bindewirkung von Parteitagsbeschlüssen

## 2. Die Bundesrepublik Deutschland – ein Parteienstaat ? (V)

### Monopolstellung der Parteien bei der Rekrutierung politischen Personals?

- Parteien als alleiniger Aufstiegskanal für politisches Personal:
  - Parteilose Bundesminister nur als Ausnahme (Leussink, Müller)
  - Parteilose Direktmandatsträger nur in der ersten Wahlperiode
- Monopolstellung existiert nur noch bedingt auf der kommunalen Ebene:
  - durch die geringe Zahl von Parteimitgliedern: ca. 1,6 Millionen Parteimitglieder aber 170.000 kommunale Mandate
  - durch die Direktwahl kommunaler Spitzenämter
  - durch die Bedeutung freier Wählervereinigungen, etc.

## 2. Die Bundesrepublik Deutschland – ein Parteienstaat ? (VI)

### Parteien als staatlich finanzierte Akteure im politischen System?

- Grundsatz der staatlichen Teilfinanzierung
- Verteilung staatlicher Mittel entsprechend der gesellschaftlichen Verankerung: bemessen anhand der Anzahl der Wählerstimmen
- Festlegung einer staatlichen Obergrenze durch Neufassung Art. 18 Abs. 2 des Parteiengesetzes: 133 Mio. EUR pro Jahr
- Quote des direkten staatlichen Finanzierungsanteils liegt unter 50 Prozent, bezieht man Steuerbegünstigungen für Spenden und Mitgliedsbeiträge ein, liegt der Anteil bei etwa 60 Prozent.

### 3. Das programmatische Spektrum der bundesdeutschen Parteien (I)

- **CDU/CSU: christlich-demokratische Volksparteien mit heterogener sozialer Basis und weitem politisch-ideologischem programmatischem Spektrum: von einem national-konservativen Flügel bis zu einem liberal-progressiven Arbeitnehmerflügel.**
- **SPD: Volkspartei mit überproportionaler Bindung gewerkschaftsnaher, protestantischer und konfessionsloser Wähler. Programmatische Heterogenität zwischen traditionalistischer Ausrichtung auf die Herstellung gesellschaftlicher Gleichheit und einer sozialen und ökologischen Modernisierung durch den aktivierenden Staat.**
- **FDP: Marktliberale Partei mit überdurchschnittlicher Anhängerschaft unter Selbständigen und Wählern mit hohem Bildungsgrad. Programmatisch betont werden die individuelle Selbstverantwortung und Chancengleichheit sowie die ordnungspolitische Zurückhaltung des Staates und der Schutz der Bürgerrechte.**

### 3. Das programmatische Spektrum der bundesdeutschen Parteien (II)

- **Grüne:** Sozial-ökologisch und pazifistisch-orientierte Partei, die neben einer jüngeren Wählerschicht vor allem Wähler mit hohem Bildungsstandard anspricht. Während die traditionell pazifistische Grundhaltung in Richtung einer Akzeptierung „humanitärer Interventionen“ verändert wurde, nehmen insbesondere die Betonung von Menschen- und Bürgerrechten in der Innen- und Außenpolitik an Bedeutung zu.
- **Die Linke:** „Radikaldemokratisch“-sozialistische Partei mit hohem Wählerzuspruch in Ostdeutschland sowie bei Arbeitern und Konfessionslosen. In ihrer Programmatik verbindet sich die Kapitalismuskritik mit starken Vorbehalten gegen die Integration der Bundesrepublik in EU und NATO.

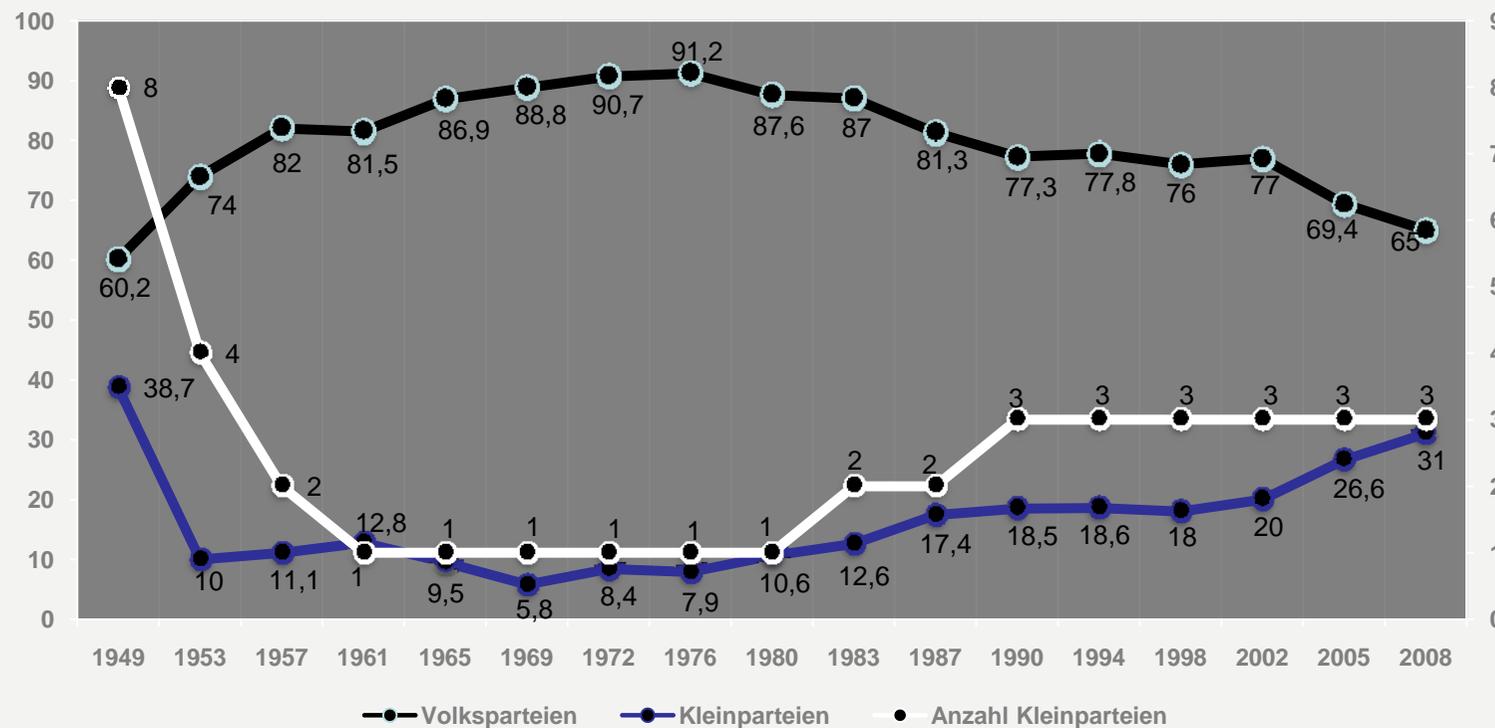
## 4. Das bundesdeutsche Parteiensystem im Wandel

### Entwicklungsphasen des bundesdeutschen Parteiensystems

- 1945 – 1951: Kontinuität und Neubeginn
- 1952 – 1961: Die Konzentration des Parteiensystems
- 1961 – 1983: Das eingespielte Zweieinhalb-Parteiensystem
- Seit 1983: Das gemäßigt bipolare Parteiensystem mit Regionalsystem Ost
- Heute: ein etabliertes Fünf-Parteiensystem?

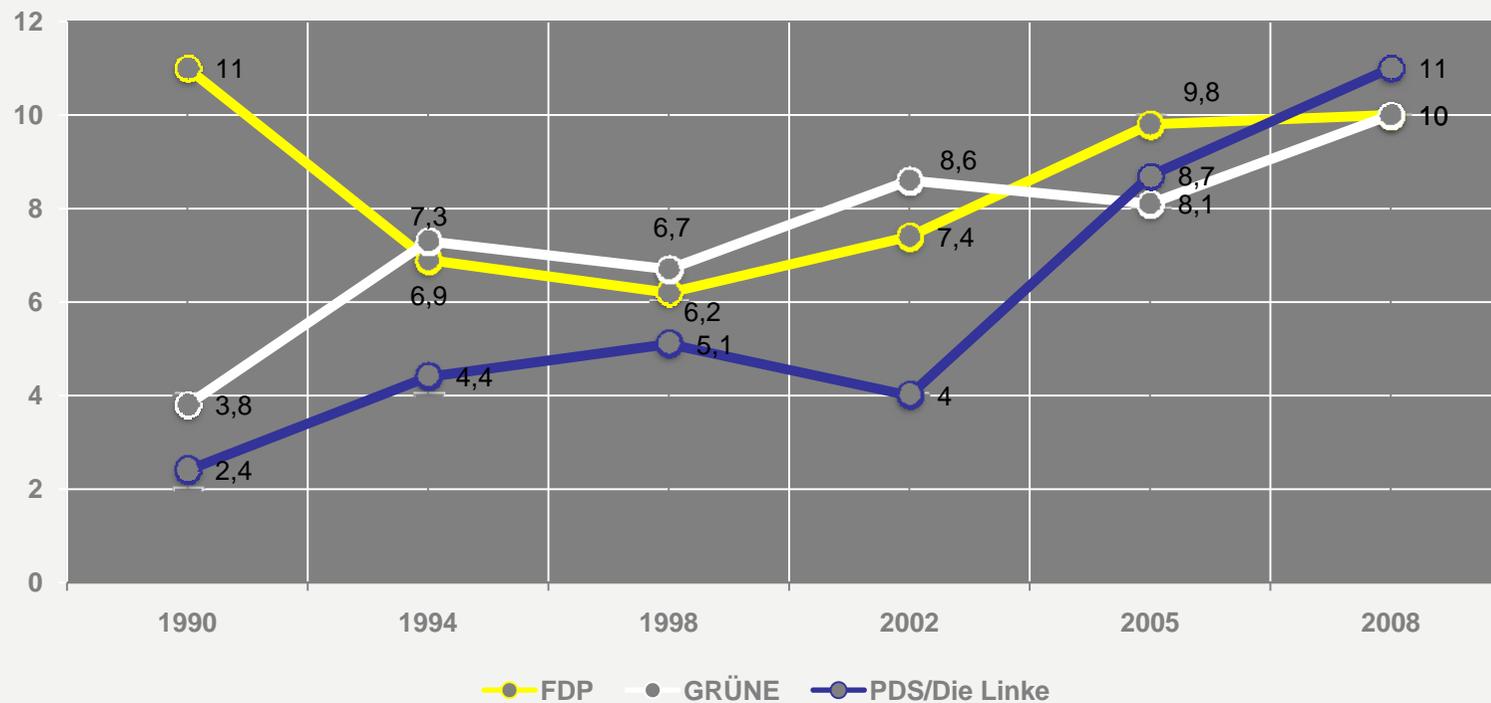
## 5. Ein etabliertes Fünf-Parteiensystem? (I)

Stabilität eines Entwicklungstrends? - Die abnehmende Wählerbindung der Volksparteien



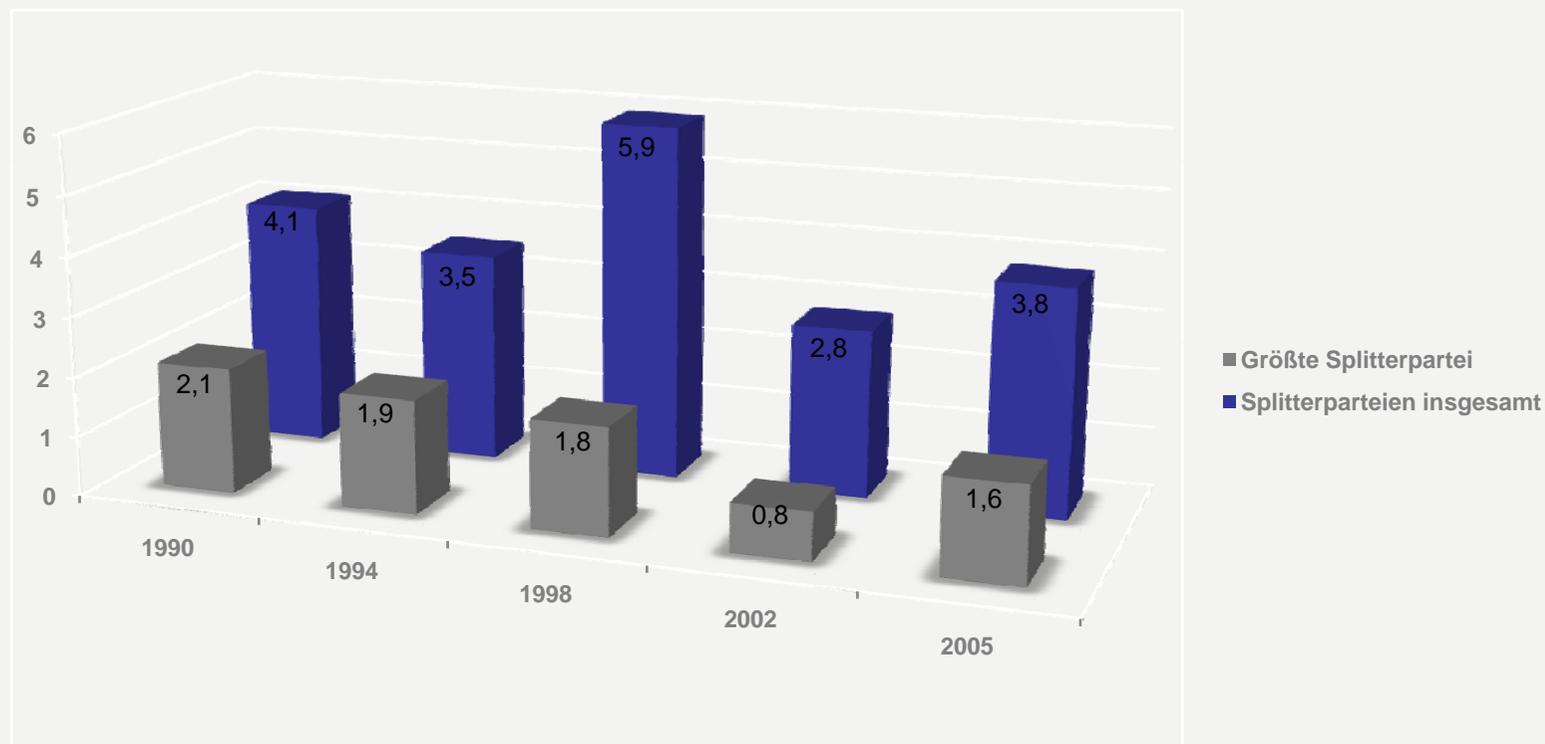
## 5. Ein etabliertes Fünf-Parteiensystem? (II)

Stabilität eines Entwicklungstrends? – Entwicklung des Wählerpotenzials der Kleinparteien



## 5. Ein etabliertes Fünf-Parteiensystem? (III)

Stabilität eines Entwicklungstrends? – Splitterparteien ohne Bedeutung



## Literatur

**Korte, Karl-Rudolf / Manuel Fröhlich, 2004: Politik und Regieren in Deutschland, Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, Paderborn u.a.: Ferdinand Schönigh/UTB, S. 133-143.**

**Leibholz, Gerhard, 1951: Parteienstaat und repräsentative Demokratie, Deutsches Verwaltungsblatt 1, S. 1-8.**

**Rudzio, Wolfgang, 2006: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 93-159.**

**Schmidt, Manfred G., 2007: Das Politische System Deutschlands. Institutionen, Willensbildung und Politikfelder, München: C.H. Beck, S. 83-109.**



LUDWIG-  
MAXIMILIANS-  
UNIVERSITÄT  
MÜNCHEN



## Material

Die Foliensätze zur Vorlesung sind abrufbar unter:

<http://www.robert-kaiser.de/Lehre/Material/material.html>